

Sessionsbericht Junisession vom 1.6. – 9.6.2010 (1)

1. Wahlen Grossratspräsidium

Gerhard Fischer (SVP, Meiringen) wird für 2010/2011 als Grossratspräsident gewählt. Eigentlich wäre nun geplant gewesen, dass unsere Susanne Bommeli als erste Vizepräsidentin gewählt würde. Aus gesundheitlichen Gründen musste Susanne Bommeli auf dieses Amt verzichten. An ihrer Stelle wurde Beat Giaucque (FDP, Ittigen) mit einem tollen Ergebnis als erster Vizepräsident gewählt. Er wird somit voraussichtlich ab Juni 2011 den Grossen Rat für ein Jahr präsidieren. Als zweite Vizepräsidentin wurde Therese Rufer (BDP, Zuzwil) gewählt.

2. Richterwahlen

Der Grosse Rat hat die erste Etappe der zahlreichen Richterwahlen bewältigt. Im Vordergrund stand die erstmalige Wahl der erstinstanzlichen Gerichtspräsidenten durch den Grossen Rat. Mit grosser Befriedigung nimmt die Fraktion zur Kenntnis, dass sämtliche Kandidaten und Kandidatinnen der FDP gewählt wurden. Dies ist nicht selbstverständlich nach dem schlechten Wahlergebnis bei den Grossratswahlen. Hätte der Grosse Rat ausschliesslich die Richterwahlen gemäss Parteienproporz vorgenommen, wären lange nicht alle FDP-Kandidaturen erfolgreich gewesen. Das Resultat zeigt, dass der Grosse Rat fähig ist, bei den Richterwahlen sachliche Kriterien durchaus zu würdigen (Qualität vor Parteizugehörigkeit). Das Resultat wurde dank intensiver Vorbereitungsarbeit durch die Fraktionsvizepräsidentin Kathrin Zumstein erreicht. Ich danke ihr noch einmal für ihren riesigen Einsatz.

3. Motion „Rettungswesen“

Die Motion, wonach der Regierungsrat das medizinische Rettungswesen nochmals überprüfen muss, insbesondere bezüglich der Versorgung des ländlichen Raumes mit Notfall-Dienstleistungen, wird mit Unterstützung der FDP angenommen. Die FDP stellt sich auf den Standpunkt, dass im Spitalwesen keine Strukturmodernisierungsvorstösse angebracht sind. Beim Rettungswesen hingegen, kam die Fraktion zum Schluss, dass die allzu rigorosen Zentralisierungstendenzen unbedingt überprüft werden müssen.

4. Motion „Drogenprävention statt kostenintensive Suchtverwaltung“

Sabine Geissbühler-Strupler (SVP) will das Rad der Zeit zurückdrehen und bei der Mittelzuteilung der GEF die Abstinenz zu Lasten der Therapie priorisieren. Die FDP unterstützt jedoch das bewährte 4-Säulen-System. Die Motion wird als Postulat angenommen und sofort abgeschrieben. Es soll in der Drogenpolitik durchaus Repression geben. Eine Drogenpolitik, die ausschliesslich auf Repression setzt, wird jedoch von der FDP abgelehnt.

5. Gesetz über die Universität (UniG)

Bei diesem Gesetz amtierte Christoph Stalder (FDP) als Kommissionspräsident. Seiner umsichtigen Leitung ist es zu verdanken, dass das UniG zahlreiche FDP-Anliegen (insbesondere stärkere Autonomie für die Universität) verwirklicht. Insgesamt ein Erfolg für die lösungsorientierte, freisinnige Bildungspolitik, die während langen Jahren von Fränzi Stalder-Landolf geprägt wurde. In der 2. Lesung gab es keine Grundsatzdebatte mehr. Einzig die untergeordnete Frage der sogenannten „automatischen“ Mitgliedschaft bei der Vereinigung der bernischen Studierenden (SUB) warf noch einmal Wellen. Es blieb schliesslich alles beim alten.

6. Motion Überprüfung des individuellen Gehaltsaufstiegs bei den Lehrkräften

Die FDP stimmt dieser Motion zu. Die von linker Seite eingebrachte Motion hat zwar insbesondere die Überprüfung der Lohnhöhe zum Ziel. Es ist zuzugeben, dass zumindest die Anfangslöhne der Lehrer und Lehrerinnen auf einem tiefen Niveau sind. Aus FDP-Sicht überzeugt jedoch insbesondere das starre Gehaltssystem nicht. Zudem sind Leistungskomponenten immer noch zu wenig eingeflossen. Die Überprüfung gibt nun Gelegenheit, auch unsere Anliegen durchzubringen.

7. Investitionskredite

Die FDP stimmt den (unbestrittenen) Kredit für die Erweiterung der Landwirtschaftlichen Hochschule und dem Planungskredit für den Aus- und Neubau des Inselspitals-Nord (1. Etappe) zu. Die FDP steht zum Grundsatz „Investieren und sparen“. Unter dieser Prämisse wurde auch dem Kantonsbeitrag an den Kauf eines neuen Bielersee-Schiffes zugestimmt.

Beim Kredit für die Erweiterung der Landwirtschaftlichen Hochschule wehrte sich die FDP gegen eine Finanzierung aus dem Investitionsspitzenfonds. Die FDP hat sich immer gegen diesen Fonds gewandt, weil damit die vom Volk angenommene Schuldenbremse umgangen werden soll. Zudem ist fraglich, ob es sich nicht nur um Buchhaltungskosmetik handelt (Vorgaukeln eines angeblichen Fondskapitals obwohl parallel dazu immer noch ein Bilanzfehlbetrag besteht....). Die FDP muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die BDP den Fonds zusammen mit der Linken unterstützt. Weiter unterstützen auch die Berner KMU (im Gegensatz zum Bernischen Handels- und Industrieverein) den Investitionsspitzenfonds. Die Fraktion wird vor der nächsten Session eine erneute Lagebeurteilung vornehmen.

8. Postulat Peter Moser (FDP, Biel) zum Thema SBB-Ligerztunnel und Lärmproblematik

Die FDP führt unter der Führung von Peter Moser (FDP, Biel) einen langen Kampf für den SBB-Ligerztunnel. Dieses leidige Nadelöhr muss beseitigt werden. Das Postulat Moser, bei dem die SBB zur Einhaltung der Lärmschutzvorschriften verpflichtet werden soll, ist ein weiterer Mosaikstein hierzu. Das Postulat wurde vom Rat mit grossem Mehr überwiesen.

9. Motion Peter Flück (FDP, Brienz): Rahmenbewilligungsgesuch Mühleberg positiv beantworten

Peter Flück begründet seine Motion sachlich und ohne Emotionen. Es ist wichtig, dass die Berner Regierung einen positiven Antrag stellt an den Bund. In der 2-stündigen Debatte sind die Fronten natürlich gemacht. Wie in allen KKW-Debatten zuvor verläuft die Diskussion entlang den Partei-grenzen. Die Regierung bringt keine neuen Argumente und Erkenntnisse. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament funktioniert und nimmt die Motion mit 92:63 Stimmen an. Die FDP unterstützt den Ersatz des KKW-Mühleberg. Es ist der Fraktion bewusst, dass der KKW-Ersatz nur eine Seite einer konstruktiven Energiepolitik sein kann. Die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien muss die andere Seite sein. Es braucht beide Seiten!

In der Folge lehnt der Rat mit geschlossener Unterstützung der FDP zwei Motionen der SP ab, welche die BKW zwingen wollen, 400 Windturbinen und 40'000 Solardächer im Kanton Bern zu installieren. Zudem soll die BKW zu einem Tarifmodell gezwungen werden. Die Motionen tönen an sich sympathisch. Es ist jedoch wichtig zu wissen, dass die Motionen einzig auf die BKW ausgerichtet sind. Es kann schlicht nicht sein, dass der Grosse Rat in die unternehmerische Verantwortung einer individuellen Unternehmung eingreift.

10. Sportfonds

Einige Motionen befassten sich, mit dem etwas in Schiefelage geratenen Sportfonds. Die FDP konnte mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass der hierfür zuständige Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (ja, er ist auch Sportdirektor!) die Gefahr erkannt und die notwendigen Massnahmen ergriffen hat. Der Rat lehnt eine Äufnung des Sportfonds mit Steuergeldern ab, befürwortet jedoch eine zusätzliche Einlage aus dem Lotteriefonds. Zudem wird eine Revision des Lotterieggesetzes vorbereitet.

11. Lehrstellen für Sans-Papiers

Die bürgerlichen Parteien bekämpfen geschlossen ein Postulat von Corinne Schärer (Grüne), mit dem geprüft werden soll, ob den sogenannten „Sans-Papiers“ ermöglicht werden soll, in der Schweiz eine Berufslehre zu absolvieren. Nebst den grundsätzlichen Bedenken lehnte die FDP den Vorstoss auch mit dem Argument ab, dass in dieser Frage vorerst eine Bundeslösung her muss. Unter diesem Druck wird schliesslich das Postulat zurückgezogen.

12. Gebäudeversicherungsgesetz (GVG)

In der Junisession fand die 2. Lesung statt. Leider hat hier die BDP konsequent gegen SVP und FDP gestimmt. Aus diesem Grund kann nun der staatliche Monopolist (Gebäudeversicherung) sein Geschäftsfeld zu Lasten der Privatversicherer ausdehnen. Ein unbefriedigendes Ergebnis! Allerdings haben die Privatversicherer die Zeichen der Zeit nicht erkannt und die Deckungslücke bei Wasserschäden, die nicht eindeutig auf einen Elementarschaden zurückzuführen sind, nicht proaktiv mit neuen Angeboten gedeckt. Es ist dann halt nachvollziehbar, dass der Hauseigentümergeverband (unter

Führung des SVP-Fraktionspräsidenten Peter Brand!!) hier eine Lösung wollte, die zwar das Problem der Hauseigentümer löst, aber ordnungspolitisch überhaupt nicht überzeugt. Dies hat dazu geführt, dass die bürgerlichen Parteien nicht geschlossen gestimmt haben. Die BDP hat generell die Ausweitung des Geschäftsfeldes der staatlichen GVB unterstützt. Die SVP hat zwar den Ausbau der Nebendienstleistung zusammen mit der FDP geschlossen bekämpft. In der heiklen Frage der Ausweitung des Geschäftsfeldes bei Wasserschäden war die SVP jedoch gespalten.

Dieses Ergebnis muss etwas kommentiert werden. Die Kritik der FDP-Fraktion richtet sich gegen die Gesetzesrevision und ja nicht etwa gegen die Qualität der bisherigen Dienstleistungen der GVB. Der GVB kann zum überzeugenden (langjährigen) Lobbying nur gratuliert werden. Hier hatte sie grosse Vorteile gegenüber den Privatversicherern, die viel zu spät reagiert haben. Heikel ist jedoch, dass die Gesetzesrevision durch die GVB indiziert wurde, mit dem Argument, dass mit der Ausdehnung ihres Geschäftsfeldes eine Prämienhöhung wegen den gestiegenen Elementarschäden verhindert werden könne. Ist das denn nun eine sachgerechte Risikoausgleichspolitik, wenn die GVB nun noch verstärkt im Wasserschaden-Markt tätig wird? Es ist zu hoffen, dass der Verwaltungsrat der GVB seine Hausaufgaben richtig gemacht hat.

13. Nachtragskredit Löhne Regierungsstatthalter

Hier hat die FDP ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die unsägliche Abgangsentschädigungspraxis bei den Regierungsstatthaltern im Rahmen der Bezirksreform waren ja schon Thema in der Presse. Die FDP hat Ablehnung des Nachkredits beantragt. Der Antrag der FDP wurde etwas überraschend angenommen. Ein wichtiges Zeichen des Grossen Rats gegen die ausufernde Entschädigungspraxis des Kantons.